

## **Beschluss des Landtages Brandenburg**

### **Generationenaufgabe länderübergreifend planen und Masterplan gegen die Verockerung der Spree und ihrer Zuflüsse erarbeiten**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 21. Sitzung am 17. Dezember 2015 zum TOP 13 folgende EntschlieÙung angenommen:

#### **„Strategischer Gesamtplan zur Senkung der bergbaubedingten Stoffeinträge in die Spree und deren Zuflüsse in der Lausitz**

Der Landtag stellt fest:

Am 24. Januar 2013 fasste der Landtag den Beschluss ‚Verockerung der Spree - Gefahren für die Fließgewässer und den Spreewald eindämmen‘. In Umsetzung dieses Beschlusses wurden mit einer Barriere im Nordraum des Spreewaldes und mit Maßnahmen im Bereich der Vorsperre Bühlow der Tal-sperre Spremberg erste positive Effekte erzielt.

Jetzt gilt es die Anstrengungen auf die Quellenbehandlung und die aktuell noch vorhandene Belastung der südlichen Zuflüsse zum Spreewald zu konzentrieren. Für die langfristige Ausrichtung der Quellenbehandlung besteht ein erheblicher Forschungs- und Entwicklungsbedarf, der sich auch auf den Stoffeintrag Sulfat bezieht.

Die Reduzierung der Eisen- und Sulfatbelastungen in den Lausitzer Fließgewässern bleibt eine Aufgabe, die nicht in wenigen Jahren erledigt sein wird, sondern vermutlich Jahrzehnte andauern wird.

Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Das bei der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) vorliegende Sofortprogramm gegen die Verockerung der Spree ist als strategischer Gesamtplan fortzuschreiben und weiterzuentwickeln.
2. Mit dem Freistaat Sachsen ist weiter intensiv an der Umsetzung des abgestimmten Maßnahmenpakets zusammenzuarbeiten, um eine spürbare Verbesserung der Lage im Südraum des Spreegebietes zu erreichen.



3. Der strategische Gesamtplan ist auf die Parameter Eisen und Sulfat auszurichten. Darin sind die Maßnahmen der LMBV und der Vattenfall Europe Mining AG zusammenzuführen.
4. In Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen sind für die jeweilig betroffenen Fließgewässer realistisch erreichbare Zielwerte für die Parameter Eisen und Sulfat auszuarbeiten, die die geogenen Hintergrundwerte und die anthropogene Beeinflussung berücksichtigen.
5. Im Zusammenwirken mit den anderen beteiligten Ländern ist beim Bund darauf hinzuwirken, dass das Finanzierungsabkommen zur Braunkohlensanierung über 2017 hinaus fortgeschrieben wird und die finanzielle Ausgestaltung so erfolgt, dass Maßnahmen zur Umsetzung des strategischen Gesamtplanes abgesichert werden können.

Die Fortschreibung des Gesamtplanes soll bis Ende 2016 erfolgen. Der Planentwurf soll in den parlamentarischen Gremien und den zu dieser Thematik bestehenden Gremien (z. B. der AG Bergbaubedingte Stoffeinträge in der Spree beim LBGR) der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt werden. Hinsichtlich der Reduzierung der Sulfatbelastung ist die enge Zusammenarbeit mit dem Land Berlin, dessen Trinkwasserversorgung berührt ist, weiterzuführen.“

Britta Stark  
Die Präsidentin